

Reinsburgstr. 82
70178 Stuttgart
☎ 0711 - 888999 - 11/15
☎ 0711 - 888999 -20

<http://www.tgbw.de>
info@tgbw.de

Bankverbindung:
GLS Bank
IBAN: DE37 4306 0967
7023 7492 00
BIC: GENODEM1GLS

Geschäftsführer:
Marcus Tomek

Landessvorsitzender:
Gökay Sofuoğlu

Referent für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit:
Werner Schulz

VR-Nummer:
6406
Amtsgericht Stuttgart

Steuernummer:
99018/59699

Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. – Reinsburgstr. 82 – 70178 Stuttgart

An die Medien

mit der Bitte um Veröffentlichung!

27. August 2018

„Chemnitz ist ein Angriff auf uns alle!“

„Die rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz sind schwerwiegende Angriffe auf Menschen, die gezielt aufgrund ihres Aussehens und der Wahrnehmung als „Nicht-Deutsche“ von rechter Gewalt betroffen waren. Die Angriffe sind zugleich gravierende Angriffe gegen die Grundpfeiler unserer Zivilgesellschaft, gegen den Rechtsstaat, gegen uns alle! Diese schrecklichen Vorgänge müssen unsere gesamte Gesellschaft alarmieren“, erklärt Heval Demirdöğen von der Fachstelle „LEUCHTLINIE“. Der Experte für die Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg fordert, dass die Reaktionen auf die Ausschreitungen jetzt von Polizei und Justiz schnell und direkt erfolgen. Dringend geboten sei aber auch, dass Politik und Zivilgesellschaft diese Taten scharf und unüberhörbar verurteilen. „Wer hier wegschaut oder die rechte Hetze und Menschenjagd als bedauerlichen Einzelfall herunterspielt, leistet einer für die Gesamtgesellschaft gefährlichen Entwicklung Vorschub und macht sich mitschuldig an der Vergiftung des sozialen Klimas. Jetzt sind starker ziviler Gegenprotest sowie Schutzmaßnahmen für potenziell Betroffene dringlich, die auch über Solidarisierungsaktionen zum Ausdruck kommen müssen“, so der Leiter der Fachstelle, die von der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (tgbw) getragen wird.

Der Vorsitzende der tgbw und zugleich Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, TGD, Gökay Sofuoğlu, ergänzt: „Ein Bundestagsabgeordneter der AfD twitterte kurz nach den Ausschreitungen: „Es ist Bürgerpflicht, die todbringende „Messermigration“ zu stoppen“. Hier zeigt die AfD, was sie von unserem Rechtsstaat hält – und zwar gar nichts. Selbstjustiz und Jagd auf Menschen sind keine Bürgerpflicht, sondern schwere Straftaten! Unsere Kanzlerin Frau Merkel und unser Innenminister Herr Seehofer dürfen zu den rassistischen Übergriffen in Chemnitz nicht schweigen!“.

Werner Schulz
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: werner.schulz@tgbw.de
Telefon: 0711 - 888 999 31